

Daniel Schade  
2.11.2023

## **Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD „Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: Mehr Substanz, weniger Marketing“ (Drucksache 18/4589)**

Als ehemaliges Sachverständiges Mitglied der Enquetekommission „Brexit: Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“ während der 17. Legislaturperiode begrüße ich grundsätzlich, dass es auch während der neuen Legislaturperiode ein Interesse an der Arbeit der Enquetekommission und den in dieser erzielten Ergebnissen gibt. Auch ist die Thematik des Brexit durch Abschluss der Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zwar politisch weniger akut, jedoch aufgrund konstanter politischer und wirtschaftlicher Veränderungen nicht minder wichtig geworden. Somit ist es auch heute essenziell, dass sich politische Akteure auf allen Ebenen mit den so grundsätzlich veränderten, und sich weiter wandelnden Beziehungen zum Vereinigten Königreich befassen, daraus die richtigen Schlüsse ziehen, und dies zur Grundlage für politisches Handeln machen.

Aufgrund der bis heute anhaltenden Komplexität der dem Brexit zu Grunde liegenden Thematik sollte dies jedoch systematisch und strukturiert stattfinden, um daraus die richtigen Schlüsse, Handlungsempfehlungen und Forderungen zu entwickeln. Der Abschlussbericht der Enquetekommission bietet hierfür aufgrund der diesem zu Grunde liegenden Arbeitsweise eine gute und strukturierte Grundlage, sollte jedoch aufgrund der sich seitdem veränderten Lage nur als Ausgangspunkt genutzt werden. Insbesondere müssten die in diesem genannten Handlungsempfehlungen systematisch auf deren weitere Aktualität überprüft werden, und betrachtet werden, ob die genannten Adressaten weiterhin die richtigen sind. Vor diesem Hintergrund möchte ich im Folgenden auf einige der im Antrag genannten Themen und Forderungen kurz eingehen.

Zunächst ist es wichtig, die seit dem Abschluss der Enquetekommission veränderte Ausgangslage richtig zusammenzufassen, um daraus die richtigen Schlüsse ziehen zu können. Die im Antrag aufgezeigte Grundtendenz einer allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage im Vereinigten Königreich, sowie der sich massiv eingetrübten Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesem und der EU, Deutschland und NRW ist richtig. Eine detailliertere Betrachtung zeigt jedoch, dass das im Antrag gezeichnete Bild auch in der Realität durchaus komplexer ist. So zeigen etwa aktuellere Daten des britischen *Office of National Statistics*, dass die Entwicklung des britischen Bruttoinlandsproduktes seit dem EU-Austritt trotz der dreifachen Krise des Brexit, der Covid-19-Pandemie als auch Russlands Invasion der Ukraine weitaus stabiler war als zunächst angenommen und auch im Antrag erörtert. So legen aktuellere Daten dar, dass die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs zwischen dem 4. Quartal des Jahres 2019 und dem 2. Quartal 2023 sogar schneller gewachsen ist als etwa die deutsche oder französische Wirtschaft.<sup>1</sup>

Auch im Hinblick auf die im Antrag enthaltene Darstellung der Klimaschutzbestrebungen und des Fortschritts der Energiewende im Vereinigten Königreich könnte eine detailliertere Betrachtung Auswirkungen auf die im Antrag gestellten sowie weitere politische Forderungen haben. So hat die derzeitige britische Regierung viele der zuvor ambitionierten Klimaziele sowie begleitende Politiken erst vor kurzen abgeschwächt.<sup>2</sup> Zwar ist der Anteil der Kernenergie

---

<sup>1</sup> David Milliken, Andy Bruce: „Revisions show UK economy no longer the post-pandemic laggard“, Reuters, 29.9.2023.

<sup>2</sup> The Economist: „Rishi Sunak’s anti-green turn on Britain’s climate targets“, 20.9.2023.

an der britischen Stromproduktion wie im Antrag dargestellt tatsächlich aufgrund des Alters des bestehenden Anlagen zurückgegangen, jedoch setzt das Vereinigte Königreich für die Zukunft auch weiter auf diese Energieform zur Dekarbonisierung der Stromproduktion. So findet sich derzeit bereits ein neues Kernkraftwerk im Bau, und der Bau eines weiteren wurde genehmigt. Auch möchte das Land in Zukunft von sogenannten *Small Modular Reactors* (SMR) Gebrauch machen und so mittelfristig den Anteil an Kernenergie an der Gesamtstromproduktion von heute 14% auf 25% steigern.<sup>3</sup>

Neben diesen faktischen Veränderungen im Vereinigten Königreich, die die daraus zu entwickelnden Empfehlungen und Forderungen beeinflussen können, erscheint es bei einem anhaltenden Interesse an den Ergebnissen der Enquetekommission auch sinnvoll, die einzelnen bestehenden Handlungsempfehlungen des Abschlussberichtes der Enquetekommission vor dem Stellen spezifischer Forderungen auf deren Aktualität, intendierten Akteur, sowie im Kontext der anderen Handlungsempfehlungen zu überprüfen.

So richten sich etwa die im Antrag erwähnten Handlungsempfehlungen 43ff nur teilweise an die Landesregierung. Auch sind diese durch den Abschluss des Brexit-Prozesses teilweise hinfällig geworden. Ein konkreteres Aufgreifen einzelner, auch nach Ende des formalen Brexit-Prozesses weiterhin gültiger Forderungen mit Adressaten innerhalb des Landes erscheint daher sinnvoller. So könnte es etwa sinnvoll sein, im Sinne der Handlungsempfehlung 52 im Hinblick auf die Auswirkungen des sog. *Windsor-Framework* für VerbraucherInnen Informationen bereitzustellen. Allgemeine Informationen zu den Brexit-Folgen für VerbraucherInnen erscheinen jedoch mehrere Jahre nach dem eigentlichen Brexit nicht mehr besonders sinnvoll.

Ähnlich sieht es bei den im Antrag erwähnten Handlungsempfehlungen 103ff aus, die sich mit dem Bildungswesen befassen. Auch hier sind manche der Handlungsempfehlungen bereits hinfällig geworden, etwa durch die Rückkehr des Vereinigten Königreichs in das Horizon Europe Programm der EU. Auch sollten womöglich weitere verwandte Handlungsempfehlungen wie etwa 102 zur Schaffung eines parlamentarischen Europastipendiums aufgegriffen werden.

Dies sind nur einige erläuternde Beispiele, um darzulegen wie dynamisch sich die Thematik des Brexit seit Abschluss der Enquetekommission entwickelt hat und welche Auswirkungen dies auf die im Abschlussbericht der Enquetekommission gestellten Forderungen haben kann. Insgesamt erscheint es daher sinnvoll, die Handlungsempfehlungen systematisch aufzuarbeiten, um dann weiterhin aktuelle Forderungen aufzustellen und sich politisch für diese erneut einzusetzen. Dabei ist es auch wichtig zu betrachten, dass manche Forderungen sich außerhalb des Einflussbereichs des Landes NRW sowie verschiedener Akteure darin befinden. Zeitgleich enthält der Abschlussbericht der Enquetekommission auch weiterhin aktuelle Forderungen wie etwa zur Schaffung eines Europastipendiums, die sich an den Landtag selbst richten und eine Initiative von diesem, und nicht etwa der Landesregierung oder einzelnen anderen Behörden und Akteuren ausgehen müsste.

---

<sup>3</sup> Susanne Twidale: „Britain opens competition to develop small nuclear plants by the 2030s“, Reuters, 18.7.2023.